Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 11

Artikel: Ist national rational? : Ursachen und Folgen ethischer Konflikte
Autor: Jasay, Anthony de
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165618

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anthony de Jasay, *geboren 1925 in Ungarn, studierte Wirtschaftswissenschaften in Budapest und Australien. Von 1957 bis 1962 lehrte er in Oxford am Nuffield College. Bis 1979 war er im Immobilien- und Finanzgeschäft tätig. Er lebt in Frankreich und hat bis heute zahlreiche Beiträge zur sozialen und politischen Philosophie publiziert. Dieser Beitrag wurde von Dr. Christoph Frei, Paris, übersetzt.*

Ist national rational?

Ursachen und Folgen ethnischer Konflikte

Die meisten Zeitgenossen liberaler Gesinnung tendieren dazu, den Nationalismus als Instinkt der weniger feinen Art zu betrachten. Als solcher liegt er jenseits des Zugriffs kritischer Vernunft. Nationalismus wird mit einer persönlichen Neigung verglichen, mit einer «Leidenschaft», die zwar Verhalten kaum erklären kann, aber ihrerseits nicht im Dienst höherer Ziele und Zwecke steht.

Im Zuge meiner Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen ethnischer Konflikte musste ich unlängst an eine junge Frau denken, die eine Zeitlang meine Manuskripte umgeschrieben hatte. Zu Beginn bekundete sie einige Mühe beim Entziffern meiner Handschrift. Insbesondere verwechselte sie die Buchstaben «r» und «n». Schrieb ich also national, so hiess es nachher rational, und umgekehrt. Die Resultate waren manchmal ganz erstaunlich. Eine Möglichkeit der Annäherung an das Phänomen Nationalismus kann darin bestehen, den Gegenstand gewissermassen wider besseres Wissen als rational bedingt zu deuten: Wenn auch der Nationalismus tatsächlich auf Gefühle zurückgeht, die ihrerseits auf historischen Zufälligkeiten beruhen, so lässt sich doch hypothetisch fragen, ob er nicht auch das Resultat rationaler Entscheidungen *(rational choice)* sein könnte. Gesucht wäre also eine Theorie, welche die Erscheinungen des Nationalismus so erklärt, als ob sie die jeweils angemessenen, vielleicht sogar bestmöglichen Strategien nutzenmaximierender Individuen im Zuge sozialer Interaktion darstellten. Den Begriff der «Nutzenmaximierung» verwende ich dabei im weitesten Sinne; er schliesst alle Motive mit ein, die beschreiben, was Menschen auf der Grundlage bestimmter Mittel und Informationen tun zu müssen glauben, um zur bestmöglichen Kombination jener materiellen oder immateriellen Werte zu gelangen, die ihnen wichtig und teuer sind. Wenn es uns gelänge, eine solche Theorie zu entwickeln, dann liesse sich Nationalismus als etwas Instrumentelles, Zweckgerichtetes darstellen – als eine Erscheinung, die auf der Grundlage eines methodologischen Individualismus' verständlich wird. Das gleiche gälte für den Nationalstaat als institutionelle Verkörperung des Nationalismus.

Nutzen und Kosten kollektiven Handelns

Damit Nationalismus im Rahmen eines Maximierungskalküls Sinn machen kann, muss es im Zuge menschlicher Interaktionen Situationen geben, in denen die beste Antwort auf die Handlungen anderer darin besteht, kollektiv vorzugehen. Diese beste Reaktion also setzt gemeinsames Handeln voraus. Die Individuen müssen sich in einer Gruppe zusammenschliessen, als Gruppe entscheiden und solche Entscheidungen auch respektieren. Im Gegenzug «ernten» sie den nach unserer Hypothese spezifischen Nutzen kollektiven Handelns. Dieser Nutzen (wenn es ihn denn gibt) hängt von mindestens zwei Variablen ab. Die eine betrifft die Grösse und Zusammensetzung der Gruppe: Wer gehört ihr an, wer bleibt ausgeschlossen? Je grösser eine Gruppe, desto stärker ist sie –

Dieser Beitrag ist für die im September dieses Jahres in Wien abgehaltene Tagung der Mont Pèlerin Gesellschaft verfasst worden. Die hier gekürzte Fassung gibt nur einen Teil der Argumentation wieder. Weitere Überlegungen des Autors werden in einem späteren Heft als separater Artikel erscheinen.

aber wohl auch: desto schwächer ist ihr Zusammenhalt. Je grösser eine Gruppe, desto kleiner ist überdies die Welt ausserhalb, jener Raum also, in welchem das gemeinsame Handeln Vorteile bringen kann. Die zweite Variable betrifft die Qualität jener Entscheidungen, welche die Gruppe trifft und vollzieht: Wie werden sie getroffen? Sind sie – simplifiziert ausgedrückt – «demokratisch» oder «autokratisch»? Wem werden die Kosten von Entscheidungen aufgebürdet? Schliesslich: Welche Mechanismen verhindern dumme Fehler? Beide Variablen berühren ganz offensichtlich Kernbereiche der einzelstaatlichen Problematik, nämlich die innere Entscheidungsfindung und -durchsetzung.

Bevor Gruppen ihren Mitgliedern Nutzen bringen können, müssen sie aufgebaut und unterhalten werden. Ihre Grösse und Form, ihr Zusammenhalt und *modus operandi* sind dabei von einiger Bedeutung – nicht nur im Hinblick auf ihre Effizienz als Institution, sondern auch bezüglich jener Kosten, welche für den Aufbau und den Unterhalt der Gruppe anfallen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass kollektiv agierende Gruppen ihrer Form nach zumeist Sprachgemeinschaften waren. Diese Gemeinschaften erfüllten bereits die grundlegende Funktion einer Gruppe, indem sie bestimmte Menschen ein-, andere aber ausschlossen. Im Vergleich mit anderen Merkmalen (wie: Sippe, Stamm, Rasse, soziale Klasse oder Religion) ist die Sprache das historisch wichtigste Kriterium für die wechselseitige Abgrenzung von Gruppen. Ob dieses Kriterium auch dem Erfordernis grösster Effizienz (oder niedrigster Kosten) gerecht wird, ist eine Ermessensfrage. Eher bejaht wird sie von den Anhängern einer Theorie sozio-biologischer Selektion; für sie ist das blosse Überleben einer sozialen Institution ein Zeugnis für ihre Effizienz. Wie dem auch sei – bis vor relativ kurzer Zeit meinte «Nation» stets in erster Linie eine Sprachgemeinschaft; erst zum Ende des 18. Jahrhunderts hat der Begriff auch eine markant politische Konnotation erhalten.

Auch sonst grenzt sich eine Gruppe in der Regel auch nach aussen ab: Sie hat ihre spezifischen Regeln und Bräuche, Mythen und Legenden zur eigenen Geschichte, überdies kennt sie eine bestimmte Loyalität zu einem Zentrum, schliesslich auch ein gewisses Mass an territorialer Hoheit. All diese Abgrenzungen sind nun aber kostspielig in ihrer Einführung ebenso wie im Unterhalt. Die Kosten sind dabei desto höher, je stärker der innere Zusammenhalt der Gruppe sein soll. Grundsätzlich gilt, dass Kosten dort anfallen, wo Konformität verlangt und so der Vorteil der Vielfalt *innerhalb* der Gruppe aufgegeben wird. Kosten entstehen überdies dort, wo solche Vielfalt *zwischen* Gruppen aufrechterhalten wird, die von sich aus zu natürlichen Übereinstimmungen tendieren würden.

Je grösser eine Gruppe, desto kleiner ist überdies die Welt ausserhalb, jener Raum also, in welchem das gemeinsame Handeln Vorteile bringen kann.

Die Option des Trittbrettfahrens ist individuell gesehen rational.

Von der Nation zum Nationalstaat

Die Maximierung des mutmasslichen Vorteils gemeinsamen Handelns zum Preis jener Kosten, die für Bildung und Unterhalt der Gruppe anfallen, ist *ex hypothesi* kollektiv rational, solange der Grenznutzen gemeinsamen Handelns die gleichzeitig anfallenden Grenzkosten übersteigt: Vom konkreten Vorgehen hängt letztlich ab, wie gross die erreichten Vorteile insgesamt sind – und damit auch, wie gross der durchschnittliche Vorteil für die einzelnen Mitglieder der Gruppe ausfällt. Allein, jedes dieser Mitglieder kann den Durchschnitt übertreffen, wenn es sich nicht an den Gruppenkosten beteiligt, während andere ihren Beitrag leisten. Mit anderen Worten: Die Option des Trittbrettfahrens ist individuell gesehen rational. Falls diese Option tatsächlich allen – oder auch nur den meisten – Angehörigen der Gruppe offensteht, so bleiben Kosten ungedeckt: Das rationale Vorgehen des einzelnen wird das kollektiv rationale Gesamtergebnis vereiteln. Wir gelangen hier offensichtlich zu einem Grundproblem, wie es im *Gefangenendilemma* (siehe gegenüber) zum Ausdruck kommt und die Bereitstellung öffentlicher Güter schlechthin charakterisiert.

Ähnliche Anreizstrukturen, und damit auch ähnliche Dilemmata, kennzeichnen die Nation als diskriminierende Gruppe, die ihre Mitglieder gegenüber Aussenstehenden bevorteilt. Die Verhinderung des Trittbrettfahrens setzt voraus, dass eine den Individuen übergeordnete Instanz existiert, welche mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist. Darum handelt die Nation letztlich dann rational, wenn sie sich zum Nationalstaat wandelt.

Gefangenendilemma
Zwei Männer, die ein schweres Verbrechen begangen haben, werden je in einer Zelle festgehalten. Die Beweise des Staatsanwalts reichen aber nur aus, um sie einer Lappalie zu überführen, weshalb er jedem einzelnen ein Angebot macht: «Legst du ein Geständnis ab, während dein Kollege Stillschweigen bewahrt, kommst du frei. Schweigst du und dein Kumpan packt aus, wanderst du für zwanzig Jahre hinter Gitter. Sind alle beide geständig, kriegt ihr je fünf Jahre.»
Das Dilemma der Häftlinge besteht darin, dass sie am besten fahren, wenn keiner «singt». Gleichzeitig ist die Versuchung enorm, mit der Wahrheit herauszurücken, kann doch jeder einzelne, ganz gleich, was der andere tut, durch ein Geständnis die Strafe reduzieren. Damit steht das Gefangenendilemma für alle Situationen, in denen Individuen oder andere Teile eines Ganzen zu Handlungen verleitet werden, die den Gesamtinteressen zuwiderlaufen.

Je schwächer die Option des Trittbrettfahrens, desto leichter ist die Aufgabe für den Nationalstaat, um so niedriger bleiben auch die Kosten für seinen Vollzugsapparat. Die soziale Ächtung jener Option ist die Aufgabe des Patriotismus in all seinen Formen; dessen Züchtung erscheint daher als durchaus sinnvoll; sie ist kollektiv rational. Feindseligkeit und Argwohn gegenüber Fremden und ihren Lebensarten ebenso wie die Liebe zum Eigenen funktionieren als Gefühlsregungen so, *als ob* sie bewusst eingesetzte Mittel wären, um das Dilemma aufzulösen, das dort auftritt, wo kollektive und individuelle Rationalität sich widersprechen. Wer nun aber die heutigen, ebenso virulenten wie hässlichen Nationalismen einfach auf die Führung des Nationalismus zurückführen wollte, ein grundlegendes soziales Dilemma aufzulösen, greift natürlich zu kurz.

Entscheidungen im Interesse aller?

Wie jedes andere staatliche Gebilde, vielleicht aber mit mehr Effizienz und weniger Skrupel, ermöglicht der Nationalstaat das Treffen von Entscheidungen, die zwar für alle gelten, die aber Nutzen und Kosten ungleich auf verschiedene Gruppen verteilen. Im Unterschied zu gewöhnlichen Konflikten, in denen die eine Partei schlicht darum gewinnt und die andere nur darum verliert, weil Macht Recht hat, nehmen solche öffentlichen Entscheidungen als Resultate politischer Prozesse für sich in Anspruch, dem *bonum commune* oder dem «nationalen Interesse» förderlich zu sein. Dieser Anspruch wird von demokratischen Regierungen anders begründet als von halb-demokratischen oder autoritären; stets aber basiert die Begründung auf der schönen Versicherung, jede Umverteilung resultierte unter dem Strich in einem positiven Nutzensaldo, in vermehrter Wohlfahrt oder nationaler Stärke. In der Regel sind derartige Versicherungen entweder nicht falsifizierbar oder erwiesenermassen falsch. Die *Public-Choice-Theorie* hat zweifelsfrei erwiesen, dass solche Massnahmen eine Verschwendung im Sinne verschleuderten Wohlstands bedeuten. Darüber hinaus hat sie aber auch gezeigt, dass diese Massnahmen nicht etwa bloss zufälligen Fehlentscheidungen entspringen; vielmehr stehen sie mit fast zwingender Notwendigkeit am Endes eines Prozesses rationaler politischer Nutzenmaximierung von individueller Warte aus. «Politisch» meint hier die gezielte Nutzung verbindlicher sozialer Entscheidungsmechanismen.

Wie jedes andere staatliche Gebilde, vielleicht aber mit mehr Effizienz und weniger Skrupel, ermöglicht der Nationalstaat das Treffen von Entscheidungen, die zwar für alle gelten, die aber Nutzen und Kosten ungleich auf verschiedene Gruppen verteilen.

Eine mögliche Folge solcher Umverteilungspolitik ist die Neigung, Freiheiten, Rechte und Privilegien von heterogenen Minoritäten weg zur dominanten nationalen Gruppe im Staate hin umzuverteilen. Vom liberalen Standpunkt aus erscheint dabei eine Politik der Unterdrückung ethnischer oder religiöser Minderheiten als moralisch verwerflicher als die blosse routinemässige Umverteilung materieller Ressourcen von dominierten zu dominanten Volksteilen. Die kollektiv irrationalen, wohlfahrtsmindernden Effekte materieller Umverteilung sind von der ökonomischen Forschung erschöpfend belegt; dagegen sind die Verluste, welche dem Volksganzen durch die Unterdrückung einzelner Volksteile enstehen, schwieriger nachzuweisen. Man wird aber sagen dürfen, dass die organisierte Diskriminierung von Minderheiten zwar kollektiv irrational ist, individuell aber durchaus Sinn machen kann – vor allem für die Mitglieder des dominanten Volksteils. Öffentliche Umverteilungsmassnahmen, so unterschiedlich sie im einzelnen auch zu sein scheinen, teilen sich zumindest in eine Gemeinsamkeit: Sie wiederholen das Gefangenendilemma insofern, als die für einzelne Individuen ra-

tionale Strategie tatsächlich nicht optimal für die Gesamtheit ist.

Ein kostspieliges Patt

Der Fall des unentschiedenen Dauerkonflikts gehört zu den meistuntersuchten Situationen, welche den Nationalstaat zu kollektiver Irrationalität verleiten. Der spezifische Nutzen aus kollektivem Handeln spricht gegen individuelles Einzelkämpfertum. Wenn aber dieser Anreiz Individuen dazu bringt, sich zu Gruppen zusammenzuschliessen und wenn dieser Prozess zur Bildung von Nationalstaaten führt, dann bleiben zuletzt keine Individuen mehr für jene Interaktionen, in denen sie einen spezifischen Nachteil erleiden könnten. Alle werden sich in Gruppen ähnlicher Art zu schützen suchen; Nationalstaaten sind nur mehr mit ihresgleichen konfrontiert.

Wenn alle die gleiche Strategie wählen, gewinnt zwar niemand mehr dabei, es kann sich aber auch niemand mehr erlauben, einen anderen Weg zu gehen. Dies trifft für Individuen wie für Nationalstaaten zu. Individuen sehen sich unter die Obhut ihres Nationalstaates gezwungen, um ihre Freiheitsrechte, ihr Eigentum und ihre «Identität» vor anderen Nationalismen zu schützen. Dieses Vorgehen bringt indessen keinen Gewinn; man kann sogar einwenden, wer seine Freiheit und sein Eigentum dem Schutz des Staates anvertraue, wähle den sichersten Weg, von beidem zu verlieren. Allein, in einer unsicheren Welt souveräner Nationalstaaten riskiert auch viel, wer jenen Schutz nicht sucht. «Abrüstung» im wörtlichen und übertragenen Sinn, in kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen ebenso wie in bezug auf Kanonen und Raketen, ist in der Tat das Beste für alle, wenn alle es tun. Sie ist aber keine rationale Option für einzelne Staaten, unabhängig davon, ob andere Staaten ebenfalls abrüsten oder nicht. Es ist dies die angeblich (und ungenau) von *Hobbes* abgeleitete Logik, welche die wechselseitigen Beziehungen zwischen Nationalstaaten offenbar determiniert und dabei auch verhindert, dass diese Staaten sich überhaupt verändern – und so auch ihre misstrauisch-eifersüchtigen Nationalismen ablegen könnten.

Die zugrundeliegende Logik ist nicht so unerschütterlich, wie es den Anschein macht. Umgekehrt gibt es aber doch eine ganze Reihe historischer Beispiele, in deren Verlauf diese Logik des Handelns tatsächlich zum Tragen kam. Die Bestialität der Hutus und Serben gegenüber ihren ungeschützten, ethnisch verschiedenen Landsleuten weist auch in jüngster Vergangenheit darauf hin, dass es durchaus noch schlechtere Lösungen gibt als Pattsituationen zwischen Nationalstaaten.

Die Abrüstung ist aber keine rationale Option für einzelne Staaten, unabhängig davon, ob andere Staaten ebenfalls abrüsten oder nicht.

Aus eins mach zwei

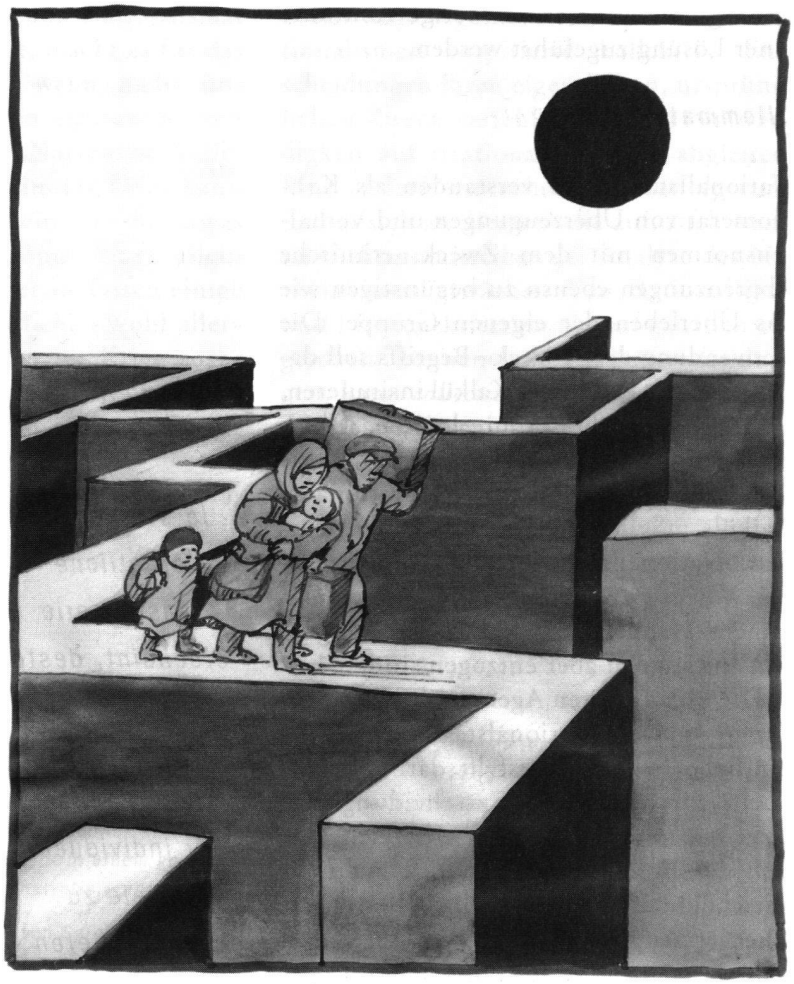
Die individuelle Logik zweckrationalen Handelns verleitet bisweilen ethnische Gruppen ohne klar erkennbare Identität und junge, kaum entwickelte Staaten dazu, eine kollektive Vergangenheit zu erfinden, den Status einer reifen Nation zu beanspruchen und sich als souveräne politische Einheiten zu etablieren. Derlei schliesst auch die Möglichkeit der *Sezession* von einem bereits existierenden National- oder Vielvölkerstaat mit ein.

Warum wollen Minderheiten zwei Regierungen einsetzen, wo vorher nur eine einzige war, wenn neutrale Beobachter versichern, diese Minoritäten seien gleichberechtigt, sie hätten gleiche Freiheiten, «gleiche Rechte» und «gleiche Chancen», was immer dies auch konkret bedeuten mag? Wie und warum schafft blosse Andersartigkeit Spannungen? Wir wollen davon ausgehen, dass ein Staat die optimale Grösse hat, dass also das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen aus kollektivem Handeln positiv, ja ebenfalls optimal ausfällt. Eine Sezession zu suchen wäre dann kollektiv irrational. Gleichzeitig aber können separatistische Bewegungen aus individueller Perspektive durchaus Sinn machen, rational erscheinen, zumindest für einige Angehörige der Minderheit. Dahinter steht eine Motivation, die an dieser Stelle als «Kulturattaché-in-Paris»-Syndrom bezeichnet sei. Jede Regierung hat bekanntlich ihren Kulturattaché in Paris, Minister für dieses und Sonderbeauftragte für jenes. Eine separatistische Bewegung wird schon deshalb eine unverhältnismässig grosse Zahl von Anhängern gewinnen: lokale Patrioten; frustrierte Lehrer; Dichter, Schriftsteller und andere Meister der Minderheitensprache; junge Leute, deren Ehrgeiz die eigenen Fähig-

keiten übersteigt. Sie alle hoffen darauf, von der neuen Regierung einen Traumjob zu bekommen.

Vor dem Hintergrund individueller Nutzenmaximierung kann Separatismus also als logisches Resultat subjektiver Rationalität betrachtet werden, dann nämlich, wenn der Betroffene entweder die tatsächlichen Wahrscheinlichkeiten falsch einschätzt oder aber einen unverhältnismässig hohen Nutzenzuwachs mit einem Haupttreffer verbindet. Ein solcher Separatist handelt durchaus rational, wenn er sich für seine Bewegung ins Zeug wirft und dabei auch hohe Kosten für die eigene ethnische Gruppe in Kauf nimmt.

Dessen ungeachtet bleibt das Ergebnis aus der Sicht aller Separatisten zusammen trotzdem sub-optimal und kollektiv irrational. Dies gilt noch mehr aus der Perspektive der ganzen ethnischen Gruppe, in deren Namen für die Unabhängigkeit gestritten wird, die dabei aber nicht nur Separatisten einschliesst, sondern auch Anhänger des Status quo. Die Schrecken, denen viele afrikanische Völker im Zuge der Entkolonialisierung unter korrupten und chronisch inkompetenten nationalen Regierungen ausgesetzt waren, belegen dies auf eindrückliche Weise. Das Dilemma zwischen individuellem Ehrgeiz und kollektivem Wohlergehen bereitet aber dann genug Ungemach, wenn Nationalismen aller Art keine schlechten Regierungen hervorbringen. Die Vermehrung souveräner Staaten ist in sich ein Phänomen, das der Verschwendung Vorschub leistet, indem es neue Räume schafft, in welchen Parasiten sich ausbreiten können – und seien es auch nur Parasiten von der gewöhnlich-gleichgültigen Sorte.



Tomi Ungerer, Hau ab! Quelle: Gewalt und Fürsorglichkeit, Stiftung Vontobel, Zürich 1996.

Krieg

Ein wichtiges Ordnungselement innerhalb der internationalen Anarchie besteht darin, dass Konflikte in der Regel nicht mit kriegerischen Mitteln, sondern am Verhandlungstisch gelöst und entschieden werden. «Kriegerisch» meint hier nicht nur den heissen Konflikt unter Gewaltanwendung, sondern auch den Handelskrieg. Wirtschaftliche oder militärische Kriege, die unter Staaten ausgetragen werden, unterscheiden sich von Kriegen unter Individuen, denn diese akzeptieren unmittelbar und direkt, jene Kosten zu tragen, welche ihnen aufgrund ihrer Entscheidung für den Krieg entstehen – oder sie lehnen diese Kosten ab und wählen den Frieden. Wenn Staaten Kriege führen, haben die Individuen diese Wahlmöglichkeit nicht, sondern müssen *nolens volens* die anfallenden Kosten tragen. Die absolute Verunmöglichung des Krieges durch militärische und wirtschaftliche Abrüstung im Weltmassstab würde Verhandlungslösungen im Rahmen der verbleibenden Konflikte logisch betrachtet nicht erleichtern, sondern im Gegenteil erschweren, wenn nicht verunmöglichen – so paradox dies zunächst tönen mag. Würde nämlich der Krieg nicht nur geächtet, sondern diese Ächtung auch in rechtliche Formen gegossen und das Recht wiederum immer und überall durchgesetzt, so hätten die betroffenen Parteien fortan keinerlei Grund mehr, im Rahmen von Verhandlungen auch nur die kleinste Konzession zu machen. In einer Welt souveräner Nationalstaaten sind gelegentliche Kriege, ist zumindest die Möglichkeit eines Krieges wahrscheinlich not-

wendig, sollen auch schwierige Konflikte einer Lösung zugeführt werden.

Dilemmata

Nationalismus wird verstanden als Konglomerat von Überzeugungen und Verhaltensnormen mit dem Zweck, ethnische Abgrenzungen ebenso zu begünstigen wie das Überleben der eigenen Gruppe. Die Verwendung des «Zweck»-Begriffs soll dabei nicht ein bewusstes Kalkül insinuieren, wohl aber eine bestimmte logische Übereinstimmung in bezug darauf, wie Individuen im Rahmen eines rationalen Kalküls möglicherweise entscheiden würden. Nationalismen helfen Gruppen dabei, Vorteile zu «ernten», die aus gemeinsamem Handeln entstehen, dem Zugriff von Individuen aber entzogen sind.

Die organisierten Agenten des Nationalismus sind die Nationalstaaten. Ihre wesentliche Funktion besteht darin, individuelle durch kollektive Entscheidungen zu ersetzen, und zwar in *jedem* Bereich, den sich das Kollektiv im Hinblick auf Erstentscheidungen vorbehält (bestimmte Theoretiker sprechen hier von Meta-Entscheidungen auf Verfassungsebene). *Prima facie* handelt es sich um eine Maschinerie, die durchaus in der Lage ist, kollektiv rationale Ergebnisse herbeizuführen, welche ausserhalb der Reichweite rational vorgehender Einzelkämpfer liegen; von daher scheint es gerechtfertigt, die Souveränität über individuelles Handeln nicht bei den Individuen selber, sondern beim organisierten Kollektiv zu belassen. Nationalismus ist unter anderem auch die Überzeugung, dass es genauso sein und bleiben soll. Nun aber bewirkt die gleiche Maschinerie, die alle mit kollektiver Rationalität von oben beglücken soll, mitunter das genaue Gegenteil. Je stärker und unwiderstehlicher die staatliche Maschinerie zum Aufdiktieren kollektiver Entscheidungen erscheint, desto grösser ist auch die Versuchung, diesen Apparat für individuelle Ziele zu manipulieren und zu missbrauchen; die relative Leichtigkeit solcher Manipulationen führt letztlich zu einem komplexen Netzwerk von Umverteilungsströmen innerhalb des Nationalstaats – zu einem Netzwerk aus fiskalischen, protektionistischen und anderen regulativen Massnahmen, die unter dem Strich nicht nur sehr viel kosten, sondern auch jeder Transparenz entbehren.

Je stärker die staatliche Maschinerie erscheint, desto grösser ist auch die Versuchung, diesen Apparat für individuelle Ziele zu manipulieren und zu missbrauchen.

Kommt hinzu, dass der anfängliche Nutzen von Nationalstaaten in der Regel schnell verloren geht: Ursprünglich werden solche Strukturen ja dahingehend begründet, dass sie es einer ethnischen Gruppe ermöglichen, sich anderen Gruppen gegenüber zu behaupten. Dieser Vorteil verschwindet, sobald Randgruppen ihrerseits die gleiche Strategie wählen und sich ebenfalls in Nationalstaaten organisieren. Hier besteht dann ein Dilemma darin, dass im Rahmen individueller Nutzenmaximierung jeder sein Heil im Kollektiv und unter militärischem Schutz hinter nationalen Grenzen sucht – und dies, obschon es aus Sicht der Gesamtheit rational und geboten wäre, Grenzen aller Art abzubauen, militärisch wie auch wirtschaftlich abzurüsten.

Ein weiteres Dilemma ensteht wiederum aus dem Verlangen jeder ethnischen Untergruppe selber eine Nation zu werden. Nationen tendieren dazu, eigene, souveräne Nationalstaaten zu bilden. Die Kontrolle über jene Maschinerie, über die man der Gesamtheit verbindliche Entscheidungen auferlegen kann, erscheint in sich als überaus erstrebenswertes Ziel. Natürlich – eine einzige Maschinerie mag die kollektiv beste Lösung für eine grosse Gruppe sein, die sich in zwei Untergruppen teilt. Aus der Perspektive des Individuums kann es trotzdem geboten sein, in diesem Fall zwei Regierungen zu installieren, wobei natürlich eine jede unabhängig, also souverän sein soll; nur so ist gewährleistet, dass zwei parasitäre Armeen von Amtsinhabern gebraucht und eingesetzt werden, wo eine im Grunde genügen würde. Dieses Dilemma allein könnte separatistische Bewegungen ebenso rational erklären wie den Widerstand, der ihnen entgegengebracht wird – unabhängig von den tatsächlichen Ursachen solcher Vorgänge.

Schliesslich scheint die blosse Existenz souveräner Einheiten den Krieg zur notwendigen Voraussetzung friedlicher Konfliktlösung zu machen.

Die beschriebenen Dilemmata und ihre mitunter paradoxen Implikationen gehen wahrscheinlich alle auf eine gemeinsame Ursache zurück. Die schiere Möglichkeit kollektiver Entscheidungen, deren unbe-

dingte Verbindlichkeit im Nationalstaat ihren Fürsprecher findet, macht es für das Individuum schwierig, wenn nicht unmöglich, die anfallenden eigenen Kosten abzuschätzen und zum Nutzen in Beziehung zu setzen. Für bestimmte Leute kann es individuell rational sein, alle für etwas bezahlen zu lassen, das nur ihnen allein Vorteile bringt; oder aber sie lassen einige wenige für das vermeintliche «Wohl aller» bezahlen, und es werden im Krieg sogar Menschen in den Tod geschickt, ohne dass dies für irgend jemanden gut wäre ausser für die Eitelkeit einiger weniger.

Ich habe argumentiert, dass durch Nationalismen inspirierte kollektive Entscheidungen ihren eigentlichen, ursprünglichen Zweck verfehlen und mit Notwendigkeit auf irrationale Bahnen abgleiten. Eine andere, einfachere Schlussfolgerung drängt sich an dieser Stelle auf, auch wenn sie nicht unmittelbar der Analyse des Nationalismus erwächst: Von Rationalitäts- und Effizienzkriterien einmal gänzlich abgesehen, können kollektive Entscheidungen, kann *collective choice* auch vor einem anderen Tribunal kaum je bestehen: vor jenem der Moral. ✦

SPLITTER

Für die europäische Union besteht die schwierige Aufgabe darin, den angestammten europäischen Völkern und ihren Lebensräumen die kulturelle Identität zu bewahren und gleichzeitig den Menschen die soziale Mobilität in der modernen Gesellschaft zu ermöglichen. Dabei könnte das Schweizer Modell durchaus nachahmenswerte Elemente aufweisen. Europa steht in einem gewissen Sinne vor der Entscheidung, sich zu balkanisieren oder zu helvetisieren.

Aus: Urs Altermatt: Das Fanal von Sarajewo, NZZ-Verlag, Zürich 1996, S. 247

Mit den Schweizer Monatsheften haben Sie das Geschenk...

... das Sie schon immer suchten, z. B. zu Weihnachten, für den Freund, die Freundin, die schon alles haben... den Neffen, die Nichte oder das Patenkind, die gerade ihr Germanistik- oder Wirtschaftsstudium begonnen haben... oder einfach für jemanden, dem Sie sich auch während des Jahres immer wieder in Erinnerung rufen wollen: 10mal im Jahr mit einem Geschenkabonnement der Schweizer Monatshefte. Der Beschenkte erhält von uns einen Geschenkbon und die erste Ausgabe 1997 (erscheint Anfang Dezember). Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mitteilung per Fax. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beiliegende Geschenk-Abo-Karte zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05